

Asyl: Menschenrechte bleiben die Messlatte



Plattform für Menschenrechte drängt auf Einhaltung von Mindest-Standards bei Versorgung, Unterbringung und Rechtsinformation

Auch in schwierigen Zeiten müssen Mindest-Standards bei der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Information von Asylsuchenden gewährleistet werden. In den letzten Wochen häufen sich in Salzburg Fälle, in denen das nicht der Fall ist. Dies betrifft vor allem die Bereiche Unterbringung, Rechtsinformation sowie die medizinische Betreuung. Dies resultiert nicht nur aus der Herausforderung der großen Zahl der durchreisenden Flüchtlinge. Menschenrechtsverletzungen sind auch Ergebnis der Dezentralisierung in der Erstaufnahme, unzureichender gesetzlicher Regelungen sowie von fehlendem politischen Willen. Die Plattform für Menschenrechte machte auf die Missstände im Rahmen einer Pressekonferenz am 6. November 2015 aufmerksam.

Verordnete Obdachlosigkeit

Besonders gravierend sind die immer häufiger auftretenden Fälle von Obdachlosigkeit. Asylsuchende werden von den Unterkünften weggeschickt - mit der Aufforderung, sie sollten sich selbst um eine Unterkunft kümmern. Zusatz: Die Asylsuchenden sollen den Behörden ihren Aufenthaltsort mitteilen und sich jederzeit zur Verfügung halten.

Fehlende Rechtsinformation

Asylwerber*innen sind zunehmend von rechtlichen Informationen zu ihrem Asylverfahren abgeschnitten. Bisher erfolgte die Information und Beratung im Zulassungsverfahren in den Erstaufnahmezentren. Diese Zentren wurden zuletzt auf die Bundesländer verteilt. Von Information der Asylwerber*innen kann keine Rede mehr sein.

Drohende Rückschiebung

Bedenklich ist der Umgang Österreichs mit der Dublin-Verordnung. Dieser zufolge müssten Flüchtlinge, in jenem Land, über das sie europäischen Boden betreten haben, einen Asylantrag stellen. Reisen sie weiter, müssten sie zurückgeschoben werden. Deutschland hat solche Rückschiebungen in unsichere Länder wie Ungarn längst eingestellt. In Österreich werden Rückschiebungen nach Ungarn weiterhin von Gerichten erster Instanz angeordnet.

Die Plattform für Menschenrechte Salzburg fordert dringend:

- effiziente Maßnahmen zur Beendigung der Obdachlosigkeit von Asylwerber*innen
- Grundversorgung auch für jene Asylwerber*innen, die keinen Platz in Erstaufnahmequartieren erhalten
- Zugang zu Rechtsinformation und Rechtsberatung
- Ausstattung der Behörden mit ausreichenden Ressourcen

Rückfragenhinweis:

Ursula Liebing, Bereichssprecherin Flucht & Asyl

0676/6715454